

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Universität Freiburg für das Auswahlverfahren nach § 2a des Hochschulzulassungsgesetzes im Studiengang Pharmazie

Aufgrund von § 2a des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Baden-Württemberg (Hochschulzulassungsgesetz – HZG) in der Fassung vom 15. September 2005 (GBl. S. 629), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 2011 (GBl. S. 565), § 3 Absatz 8 Satz 4 und § 10 Absatz 7 der Verordnung des Wissenschaftsministeriums über die zentrale Vergabe von Studienplätzen durch die Stiftung für Hochschulzulassung (Vergabeverordnung Stiftung – VergabeVO Stiftung) vom 23. April 2006, zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Dezember 2011 (GBl. S. 574), sowie § 19 Absatz 1 Satz 2 Nr. 10 und § 63 Absatz 2 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 21. Dezember 2011 (GBl. S. 565), hat der Senat der Albert-Ludwigs-Universität in seiner Sitzung am 28. März 2012 die nachstehende Änderung der Satzung der Universität Freiburg für das Auswahlverfahren nach § 2a des Hochschulzulassungsgesetzes im Studiengang Pharmazie vom 23. Mai 2005 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 36, Nr. 15, S. 32–34), zuletzt geändert am 29. Februar 2008 (Amtliche Bekanntmachungen Jg. 39, Nr. 16, S. 48), beschlossen.

Artikel 1

1. § 2 wird wie folgt **neugefasst**:

„§ 2 Unterlagen für das Auswahlverfahren der Universität

Neben dem Zulassungsantrag an die Stiftung für Hochschulzulassung (Stiftung) sind für das hochschuleigene Auswahlverfahren unter Einhaltung der Bewerbungsfrist für das Wintersemester gemäß § 3 Absatz 2 Nr. 2 Vergabeverordnung Stiftung zusätzlich folgende Unterlagen an die Universität Freiburg zu senden:

1. gegebenenfalls Nachweise (im Original oder als beglaubigte Kopie) über
 - a) eine abgeschlossene Berufsausbildung sowie deren Dauer und gegebenenfalls über die Dauer einer Berufstätigkeit in einem Ausbildungsberuf gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 2,
 - b) einen ersten, zweiten oder dritten Preis in Naturwissenschaften auf Landes- oder Bundesebene in dem Nachwuchswettbewerb „Jugend forscht“ oder in einem als gleichwertig anerkannten nationalen oder internationalen Forschungswettbewerb,
 - c) die Ableistung eines Jugendfreiwilligendienstes, eines Bundesfreiwilligendienstes, von Entwicklungsdienst oder eines freiwilligen Wehrdienstes, und
2. sofern Nachweise gemäß Nr. 1 übersandt werden, außerdem eine Kopie des an die Stiftung gerichteten Zulassungsantrags.“

2. § 4 wird wie folgt **geändert**:

a) Absatz 2 wird wie folgt neugefasst:

„(2) Für die Bildung der Rangliste im Rahmen des Auswahlverfahrens werden die nachfolgenden Kriterien berücksichtigt:

1. die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung,

2. eine abgeschlossene Berufsausbildung – gegebenenfalls mit anschließender Berufstätigkeit – in einem in der Anlage genannten oder in einem vergleichbaren Ausbildungsberuf,
 3. ein erster, zweiter oder dritter Preis in Naturwissenschaften auf Landes- oder Bundesebene in dem Nachwuchswettbewerb „Jugend forscht“ oder in einem als gleichwertig anerkannten nationalen oder internationalen Forschungswettbewerb, und
 4. die Ableistung eines Jugendfreiwilligendienstes nach dem Jugendfreiwilligendienstgesetz vom 16. Mai 2008 (BGBl. I S. 842) in der jeweils geltenden Fassung, die Ableistung eines Bundesfreiwilligendienstes nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz vom 28. April 2011 (BGBl. I S. 687) in der jeweils geltenden Fassung, die Ableistung von Entwicklungsdienst nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz vom 18. Juni 1969 (BGBl. I S. 549) in der jeweils geltenden Fassung, die Ableistung eines freiwilligen Wehrdienstes nach dem Wehrpflichtgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. August 2011 (BGBl. I S. 1730) in der jeweils geltenden Fassung.“
- b) In Absatz 4 werden die Wörter „des Absatzes 2 Buchstabe b)“ durch die Wörter „von Absatz 2 Nr. 2“ ersetzt.
- c) In Absatz 5 werden nach dem Wort „Gleichwertigkeit“ die Wörter „des Forschungswettbewerbs nach Absatz 2 Nr. 3 und“ eingefügt.

3. **§ 5** wird wie folgt **neugefasst**:

„§ 5 Erstellung der Rangliste für die Auswahlentscheidung

(1) Der Rangplatz bestimmt sich nach der im Zeugnis der Hochschulzugangsberechtigung ausgewiesenen Durchschnittsnote.

1. Sofern eine abgeschlossene Berufsausbildung – gegebenenfalls mit einer anschließenden Berufstätigkeit im Umfang von mindestens einem halben Jahr – in einem in der Anlage genannten oder in einem vergleichbaren Ausbildungsberuf nachgewiesen wird, verbessert sich die im Zeugnis der Hochschulzugangsberechtigung ausgewiesene Durchschnittsnote um 0,1 pro Halbjahr der Ausbildung beziehungsweise der anschließenden Berufstätigkeit, höchstens jedoch um insgesamt 0,5.
2. Für einen ersten, zweiten oder dritten Preis in Naturwissenschaften auf Landes- oder Bundesebene in dem Nachwuchswettbewerb „Jugend forscht“ oder in einem als gleichwertig anerkannten nationalen oder internationalen Forschungswettbewerb verbessert sich die im Zeugnis der Hochschulzugangsberechtigung ausgewiesene Durchschnittsnote um 0,5; auch im Falle des Nachweises mehrerer Preise verbessert sich die ausgewiesene Durchschnittsnote insgesamt nur um 0,5.
3. Für die Ableistung eines Jugendfreiwilligendienstes, eines Bundesfreiwilligendienstes, von Entwicklungsdienst und eines freiwilligen Wehrdienstes wird ein Bonus gewährt. Für die Ableistung eines Dienstes nach Satz 1 als ganztägige Tätigkeit im Umfang von mindestens neun Monaten verbessert sich die im Zeugnis der Hochschulzugangsberechtigung ausgewiesene Durchschnittsnote um 0,1, für die Dauer von mindestens 18 Monaten um 0,2.

Bei Bewerberinnen/Bewerberinnen, die mehrere Kriterien erfüllen, ist eine Verbesserung der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung um maximal 1,0 möglich. Aus diesem Ergebnis wird unter allen Teilnehmern/Teilnehmerinnen des Auswahlverfahrens eine Rangliste erstellt.

(2) Bei Ranggleichheit bestimmt sich die Rangfolge nach der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung; besteht danach Ranggleichheit, gilt § 18 Vergabeverordnung Stiftung entsprechend.“

4. In **§ 6** wird das Wort „ZVS“ durch das Wort „Stiftung“ ersetzt.

Nach § 7 wird die **Anlage** wie folgt **neugefasst**:

„Anlage

(zu § 4 Absatz 2 Nr. 2)

Liste der Ausbildungsberufe

Biologielaborant/in
Biologisch-technische/r Assistent/in (BTA)
Biotechnologische/r Assistent/in
Chemielaborant/in
Chemikant/in
Chemisch-technische/r Assistent/in (CTA)
Chemotechniker/in
Diätassistent/in
Gesundheits- und Krankenpfleger/in
Landwirtschaftlich-technische/r Assistent/in (LTA)
Medizinisch-technische/r Laboratoriumsassistent/in
Medizinisch-technische/r Röntgenassistent/in
Pharmazeutisch-technische/r Assistent/in (PTA)
Physikalisch-technische/r Assistent/in
Physiklaborant/in
Techniker/in Biotechnik
Umwelt(schutz)-technische/r Assistent/in (UTA)
Veterinärmedizinisch-technische/r Assistent/in (VMTA)“

Artikel 2 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt mit Wirkung vom 1. April 2012 in Kraft und gilt erstmals für das Zulassungsverfahren zum Wintersemester 2012/2013.

Freiburg, den 5. April 2012



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jochen Schiewer
Rektor